

Amtsblatt

der Europäischen Union

ISSN 1725-2407

C 120

46. Jahrgang

22. Mai 2003

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I Mitteilungen

Kommission

2003/C 120/01	Euro-Wechselkurs	1
2003/C 120/02	Staatliche Beihilfe — Italien — Beihilfe C 18/03 (ex NN 1/03) — Bozen — Kriterien für die Anwendung des Provinzgesetzes 4/97; missbräuchliche Anwendung der Beihilfe N 192/97 — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	2
2003/C 120/03	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	8
2003/C 120/04	Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan	9
2003/C 120/05	Bekanntmachung über die Einleitung einer Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in der Republik Korea und Taiwan	13
2003/C 120/06	Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates ⁽¹⁾	17
2003/C 120/07	Mitteilung	18
2003/C 120/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3185 — Victor Rijssen/Koninklijke Volker Wessels Stevin) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	19

II Vorbereitende Rechtsakte

.....

III Bekanntmachungen

Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)

2003/C 120/09	Bekanntgabe allgemeiner Auswahlverfahren	20
---------------	--	----

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

21. Mai 2003

(2003/C 120/01)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1689	LVL	Lettischer Lat		0,6543
JPY	Japanischer Yen		136,95	MTL	Maltesische Lira		0,4297
DKK	Dänische Krone		7,4243	PLN	Polnischer Zloty		4,3629
GBP	Pfund Sterling		0,7116	ROL	Rumänischer Leu	37 722	
SEK	Schwedische Krone		9,183	SIT	Slowenischer Tolar		233,1328
CHF	Schweizer Franken		1,5077	SKK	Slowakische Krone		41,181
ISK	Isländische Krone		85,44	TRL	Türkische Lira	1 703 000	
NOK	Norwegische Krone		7,8415	AUD	Australischer Dollar		1,7775
BGN	Bulgarischer Lew		1,9464	CAD	Kanadischer Dollar		1,5783
CYP	Zypern-Pfund		0,58644	HKD	Hongkong-Dollar		9,1162
CZK	Tschechische Krone		31,443	NZD	Neuseeländischer Dollar		2,0004
EEK	Estnische Krone		15,6466	SGD	Singapur-Dollar		2,0175
HUF	Ungarischer Forint		245,88	KRW	Südkoreanischer Won	1 395,96	
LTL	Litauischer Litas		3,4524	ZAR	Südafrikanischer Rand		9,094

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN**Beihilfe C 18/03 (ex NN 1/03) — Bozen — Kriterien für die Anwendung des Provinzgesetzes 4/97; missbräuchliche Anwendung der Beihilfe N 192/97****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2003/C 120/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 19. Februar 2003, das nach dieser Zusammenfassung in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu eröffnen.

Die Kommission fordert alle Beteiligten auf, sich innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung und des darauf folgenden Schreibens zu den Maßnahmen, derentwegen sie das Verfahren einleitet, zu äußern. Die Stellungnahme ist zu richten an:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion Staatliche Beihilfen
Registrierung Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Wer eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**1. Verfahren**

Mit Einschreiben vom 11. Februar 2002 (CAB(02)A/410) wurde eine Beschwerde gegen zwei Provinzgesetze der Autonomen Provinz Bozen eingereicht, und zwar gegen die Titel II und III des Gesetzes Nr. 4 vom 13. Februar 1997 und das Gesetz Nr. 9 vom 15. April 1999.

Mit den Schreiben D/50813 vom 25. Februar 2002 und D/53149 vom 18. Juni 2002 ersuchte die Kommission Italien um Auskünfte. Die italienischen Behörden haben mit den Schreiben A/32982 vom 22. April 2002 und A/36773 vom 18. September 2002 geantwortet. Im Anhang zum zweiten Schreiben wurde der neuen Anwendungskriterien des Gesetzes 4/97, die durch die Beschlüsse der Regionalregierung Nr. 4732 vom 12. Dezember 2000 und Nr. 4607 vom 17. Dezember 2001 verabschiedet worden waren, übermittelt.

2. Beschreibung der Maßnahmen

Nach Aussage des Beschwerdeführers werden Investitionsbeihilfen in Form von Zuschüssen oder zinsgünstigen Darlehen mit einer Beihilfeshöchstintensität von 40 % für Unternehmen in der Provinz Bozen gewährt, obwohl die Provinz kein Fördergebiet im Sinne des Artikels 87 Absatz 3 Buchstaben a) oder c) EG-Vertrag ist.

Die beiden Beihilferegelungen auf der Grundlage der Gesetze der Provinz Bozen, die Gegenstand der Beschwerde sind, wurden von der Kommission genehmigt:

- a) Das Provinzgesetz Nr. 4 vom 13. Februar 1997 wurde unter der Beihilfe-Nr. N 192/97 angemeldet und mit Schreiben SG(97) D/10781 vom 19. Dezember 1997 ⁽¹⁾ genehmigt.
- b) Das Gesetz Nr. 9 vom 15. April 1991, das unter der Beihilfe-Nr. NN 69/95 mit Schreiben SG(96) D/4842 vom 22. Mai 1996 ⁽²⁾ genehmigt wurde, betrifft die Einführung eines Fonds zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit. Die fragliche Maßnahme regelt nur die Form der Beihilfe (zinsgünstige Darlehen) und verweist auf durch spätere Gesetze wie das Gesetz 4/97 einzuführende weitere Beihilfen.

Durch den Beschluss Nr. 4607 vom 17. Dezember 2001 wurden jedoch neue Vergabekriterien der im Gesetz 4/97 vorgesehenen Beihilfen für das Handwerk, den Handel, den Tourismus und den Dienstleistungsbereich verabschiedet. Dieser wurde nicht zuvor bei der Kommission angemeldet.

3. Würdigung der Maßnahmen

Durch den Beschluss der Kommission in der Beihilfesache N 192/97 waren Großunternehmen bereits ausdrücklich von der Anwendung der Regelung ausgeschlossen worden. Der Beschluss Nr. 4607/2001 — über die Modalitäten der Anwendung der Beihilferegelung N 192/97 — sieht jedoch auch die Gewährung von Investitionsbeihilfen für Großunternehmen vor.

⁽¹⁾ Veröffentlicht in Form einer Kurzfassung im ABl. C 47 vom 12.2.1998, S. 4.

⁽²⁾ Veröffentlicht in Form einer Kurzfassung im ABl. C 188 vom 28.6.1996, S. 1f.

Die Kommission ist daher der Auffassung, dass der Beschluss Nr. 4607/2001 einen Fall einer missbräuchlichen Anwendung der Beihilfen N 192/97 und NN 69/95 im Sinne von Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 ⁽³⁾ darstellt, und sie bezweifelt, dass die Beihilfen, die Großunternehmen im Sinne des genannten Beschlusses gewährt werden und die sich nicht auf „De-minimis-Beihilfen“ beschränken, in irgendeiner Form vom Verbot staatlicher Beihilfen gemäß Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag freigestellt werden könnten.

Auch wenn damit ausschließlich KMU gefördert würden, hätte die Kommission Zweifel an der Vereinbarkeit der fraglichen Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt, da die im Beschluss Nr. 4607/2001 vorgesehenen beihilfefähigen Investitionen nicht der Definition der Erstinvestitionen nach der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 ⁽⁴⁾ entsprechen, der Grundsatz der Niederlassungsfreiheit der Unternehmen innerhalb der EU nicht gewährt ist und das Kriterium der Notwendigkeit der Beihilfe ebenfalls nicht erfüllt ist.

Die Prüfung des Beschlusses Nr. 4607/2001 ergibt, dass die Beihilfeintensität von 40 % für alle handwerklichen Kleinstbetriebe gilt. Die Kommission hat Zweifel, ob in jedem Fall ausgeschlossen werden kann, dass ein solches Förderniveau keine Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten hat.

Die Kommission hat außerdem Bedenken hinsichtlich der Beihilfen für den Umweltschutz, der Beschäftigungsbeihilfen, der Beihilfen zur Förderung der Internationalisierung, der Beihilfen für Beratungsdienste und der im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen vorgesehenen Beihilfen.

Schließlich hat die Kommission Bedenken hinsichtlich der im Beschluss Nr. 4607/2001 vorgesehenen, sehr weit gehenden Anwendung der „De-minimis-Regel“, durch die sowohl die zulässigen Beihilfehöchstintensitäten für KMU regelmäßig überschritten werden als auch Großunternehmen außerhalb von Fördergebieten hohe Beihilfeintensitäten gewährt werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„con la presente la Commissione si pregia informare l'Italia che dopo avere esaminato le informazioni fornite dalle autorità italiane in merito all'aiuto citato in oggetto, ha deciso di avviare il procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE.

1. Procedimento

Con lettera registrata l'11 febbraio 2002 [CAB(02)A/410], è pervenuta alla Commissione una denuncia riguardante due leggi della Provincia autonoma di Bolzano, in particolare la legge n. 4 del 13 febbraio 1997, capi II e III, e la legge n. 9 del 15 aprile 1999.

⁽³⁾ Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 des EG-Vertrags, veröffentlicht im ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1.

⁽⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen, veröffentlicht im ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 33.

Informazioni complementari sono state chieste con lettere D/50813 del 25 febbraio 2002 e D/53149 del 18 giugno 2002. Le autorità italiane hanno risposto con lettere A/32982 del 22 aprile 2002 e A/36773 del 18 settembre 2002. Il testo dei nuovi criteri d'applicazione della legge 4/97, adottati mediante deliberazioni della Giunta provinciale n. 4732 del 12 dicembre 2000 e n. 4607 del 17 dicembre 2001, è stato trasmesso in allegato alla seconda.

2. Descrizione

Secondo il denunciante, mediante le leggi succitate sarebbero concessi aiuti all'investimento, sotto forma di contributo in conto capitale o di prestito agevolato, di intensità massima pari al 40 %, alle imprese della Provincia di Bolzano, benché quest'ultima non sia ammissibile alla deroga dell'articolo 87, paragrafo 3, lettere a) e c), del trattato.

Le due leggi della Provincia di Bolzano, oggetto della denuncia, sono state approvate dalla Commissione, e più precisamente:

- a) la legge provinciale n. 4 del 13 febbraio 1997 è stata notificata con il numero N 192/97 e autorizzata con lettera SG(97) D/10781 del 19 dicembre 1997 ⁽⁵⁾. Detta legge dispone vari interventi, in particolare interventi per il sostegno di investimenti aziendali (capo II); interventi a favore degli investimenti ecologico-ambientali (capo III); interventi per la promozione di servizi di consulenza e della formazione (capo V); interventi per la creazione di posti di lavoro (capo VI); sostegno all'internazionalizzazione (capo VIII).

In seguito alla succitata decisione della Commissione, qualsiasi aiuto alle grandi imprese, che ecceda la soglia «de minimis», deve formare oggetto di notifica individuale. Per quanto concerne gli aiuti all'investimento, le autorità italiane si erano impegnate a non superare la soglia del 15 % e del 7,5 %, rispettivamente per le piccole e per le medie imprese, tenuto conto del fatto che la provincia di Bolzano non è ammissibile alla deroga dell'articolo 87, paragrafo 3, lettere a) e c), del trattato. Tuttavia è stata approvata un'intensità di aiuto del 40 % a favore delle micro-imprese che svolgono attività non soggette a scambi intracomunitari;

- b) la legge n. 9 del 15 aprile 1991, che è stata approvata con il numero NN 69/95 con lettera SG(96) D/4842 del 22 maggio 1996 ⁽⁶⁾, riguarda l'istituzione di un fondo per la promozione delle attività economiche. La misura in questione stabilisce unicamente la forma dell'aiuto (mutui agevolati) e rinvia ad altri aiuti da istituire mediante leggi ulteriori, di cui la legge 4/97 rappresenta la traduzione. Le autorità italiane si erano impegnate a limitare l'applicazione di detto regime unicamente alle PMI e a rispettare tutte le condizioni previste al riguardo dalle norme comunitarie in materia di aiuti di Stato.

⁽⁵⁾ Pubblicata nella GU C 47 del 12.2.1998, pag. 4, sotto forma di scheda.

⁽⁶⁾ Pubblicata nella GU C 188 del 28.6.1996, pagg. 1-2, sotto forma di scheda.

Tuttavia con deliberazione della Giunta provinciale n. 4607 del 17 dicembre 2001, non notificata preliminarmente alla Commissione, sono stati adottati nuovi criteri per la concessione degli aiuti disposti dalla legge 4/97 nei settori dell'artigianato, del commercio, del turismo e dei servizi.

Per quanto concerne l'aiuto all'investimento, le intensità di base del 13 e del 6 %, previste da detta deliberazione, rispettivamente per le piccole e per le medie imprese, nei settori dell'artigianato, del turismo e del commercio (sia all'ingrosso che al minuto), sono sistematicamente superate mediante una serie di maggiorazioni.

Grazie a dette maggiorazioni, alle micro-imprese è concessa un'intensità del 40 % (rispetto ad un importo massimo d'investimento di 2 milioni di euro nell'arco di 3 anni); per le piccole imprese è prevista un'intensità del 25 % (importo massimo d'investimento di 3,5 milioni di EUR in tre anni per l'artigianato, e di 2 milioni, sempre in un periodo di tre anni, per il turismo ed il commercio) e, infine, è prevista un'intensità del 22,5 % (20 % nel settore del commercio) per le medie imprese (l'investimento massimo ammissibile nel settore dell'artigianato è di 4 milioni di EUR, nell'arco di tre anni, e di 3 milioni di EUR per gli altri settori). Tutte queste maggiorazioni rispetto all'intensità di base, sono concesse, secondo le autorità italiane, a titolo di «de minimis».

Per di più, le micro-imprese artigiane, di qualsiasi dimensione e indipendentemente dal settore d'attività, possono beneficiare di un'intensità di aiuto del 40 %. In particolare, le micro-imprese con un organico massimo di due persone, la cui sopravvivenza sia incerta e le cui attività svolte siano menzionate nella deliberazione in causa, possono beneficiare di siffatta intensità anche in assenza delle condizioni richieste alle altre micro-imprese.

Inoltre, anche le grandi imprese del settore del turismo sono ammissibili agli aiuti all'investimento in virtù della succitata deliberazione, con un'intensità di base del 6 %, apparentemente senza alcuna obbligo di notifica individuale preliminare. Sono peraltro previste maggiorazioni dell'intensità fino al 22,5 % a favore delle grandi imprese, in virtù del «de minimis». L'investimento massimo ammissibile all'aiuto è di 3 milioni di euro nell'arco di tre anni.

Sono inoltre previsti aiuti all'ambiente, costituiti da tre voci. Sono previsti, in primo luogo, aiuti dell'intensità del 25 %, a favore delle PMI di qualsiasi settore nonché delle grandi imprese del settore del turismo, per l'adeguamento a nuove norme obbligatorie; quindi aiuti dell'intensità del 40 % per il superamento delle norme obbligatorie in vigore; vi è infine il sostegno a progetti di audit ambientale, sempre con intensità del 40 %. In base alla regola «de minimis», sono previste maggiorazioni sino alle intensità massime del 30, 40 e 75 % rispettivamente per le tre diverse voci della misura. L'importo massimo previsto degli investimenti ammissibili, in particolare nel caso degli aiuti volti a promuovere il rispetto delle nuove norme comunitarie obbligatorie, va da 1 a 4 milioni di EUR, a seconda della dimensione delle imprese.

Nel quadro degli aiuti all'occupazione, sono state considerate ammissibili dalla deliberazione 4607/2001, le spese relative ai

servizi di consulenza legale e fiscale, quelle inerenti alla costituzione di nuove imprese o alla trasmissione delle imprese, ma anche i costi per il tutoraggio delle imprese neo-costituite, nel corso dei due primi anni dalla loro creazione. Sono inoltre ammissibili tanto i costi per la ricerca su marchi e brevetti esistenti che i costi per la brevettazione di marchi. Il tasso di aiuto previsto è del 50 %. Anche le grandi imprese del settore del turismo in linea di principio possono beneficiare dell'aiuto.

Tra gli aiuti all'internazionalizzazione, figura il sostegno alle spese sostenute dalle PMI per la partecipazione a fiere ed esposizioni (con un'intensità del 25 % all'interno e del 40 % al di fuori dell'UE); aiuti a studi, ricerche e consulenze (fino al 50 % d'intensità) e per altre iniziative all'interno e all'esterno dell'UE (apparentemente costituite dalla pubblicità delle imprese via siti web), a concorrenza del 50 %. Sono del pari ammissibili i costi di assicurazione crediti alle esportazioni e di assicurazione dei rischi di cambio, con un'intensità massima del 50 % a favore delle PMI. È inoltre previsto, a favore delle grandi imprese, il credito all'esportazione al di fuori dell'UE, a concorrenza del 50 %, a titolo del «de minimis».

Sono previsti aiuti alla formazione e ai servizi di consulenza al tasso del 50 % dei costi ammissibili. È prevista una maggiorazione di 30 punti percentuali, a titolo di «de minimis», per le prime quattro giornate di consulenza intermedie o svolte dalla Camera di commercio o dai «Business Innovation Centers» (BIC). Anche le grandi imprese del settore del turismo sono interessate dal regime; nel caso di specie sono previsti inoltre aiuti d'intensità del 35 %, per la realizzazione di pagine web. Soltanto le intensità di aiuto superiori al 35 % nel caso della formazione e al 50 % nel caso dei servizi di consulenza sono concesse, all'occorrenza, a titolo del «de minimis».

Sono parimenti previsti aiuti d'intensità massima dell'80 % nel quadro dei programmi comunitari, tra cui Leader e Interreg, a favore di progetti comuni (sono esclusi i contributi individuali a una determinata impresa).

3. Valutazione

La Commissione aveva approvato i regimi di aiuto N 192/97 e NN 69/95, la base giuridica dei quali è costituita rispettivamente dalle leggi provinciali 4/97 e 9/91. Dall'analisi della delibera 4607 risulta che i nuovi criteri adottati da quest'ultima, per la concessione, nei settori dell'artigianato, del commercio, del turismo e dei servizi, degli aiuti previsti dalla legge 4/97 (anche sotto forma di mutui agevolati, come previsto dalla legge 9/91) apparentemente non corrispondono alle decisioni di approvazione della Commissione e non sembrano nemmeno essere in linea con i nuovi inquadramenti/regolamenti rilevanti, attualmente in vigore. In tal caso, si impone una decisione di apertura della procedura formale di esame, ai sensi dell'articolo 16 del regolamento (CE) n. 659/1999 (di procedura). Se, al contrario, si ritiene che la delibera 4607 costituisce un nuovo regime, attuato in violazione dell'articolo 88, comma 3, del trattato e, di conseguenza, illegale, la valutazione che segue intende esporre i dubbi della Commissione, per quanto riguarda la compatibilità con il mercato comune degli aiuti posti in essere mediante la delibera citata.

Aiuti all'investimento in favore delle grandi imprese

Le autorità italiane hanno comunicato, con lettera A/32982, che sia le medie che le grandi imprese dei settori del commercio e del turismo possono beneficiare, in base alla deliberazione 4607/2001, recante criteri per l'applicazione del regime N 192/97, di aiuti sotto forma di mutuo agevolato, relativi ad investimenti ammissibili da 1 a 3 milioni di EUR.

Dalle tabelle facenti parte della deliberazione 4607/2001, risulta che alle grandi imprese del settore del turismo è concessa un'intensità di base del 6 %, eventualmente elevabile fino al 22,5 % (la differenza tra le due percentuali è accordata a titolo di «de minimis»), e che sono previste intensità di aiuto dal 6 al 20 %, nel caso delle grandi imprese del settore del commercio. Nella suddetta deliberazione, soltanto nel caso del settore del commercio si precisa che in assenza della notificazione alla Commissione, «nei casi consentiti», le grandi imprese possono beneficiare dell'aiuto unicamente a titolo del «de minimis»; non è invece apparentemente prevista alcuna limitazione per quanto concerne le grandi imprese del settore del turismo.

Le grandi imprese non potrebbero beneficiare di aiuti all'investimento al di fuori delle zone assistite in virtù dell'articolo 87, paragrafo 3, lettere a) e c), del trattato. La Provincia di Bolzano non è ammissibile agli aiuti a finalità regionale. A questo proposito va sottolineato che le grandi imprese erano già state escluse esplicitamente dal beneficio del regime, tranne che a titolo di «de minimis», dalla decisione della Commissione relativa al caso N 192/97.

Trattandosi di aiuti concessi sotto forma di mutui agevolati, in base alla legge 9/91, essi rientrano anche nel regime NN 69/95, concernente la forma dell'aiuto. La Commissione aveva approvato tale regime a condizione che soltanto le PMI ne beneficiassero e in seguito all'impegno assunto dalle autorità italiane di rispettare tutte le disposizioni della disciplina PMI e di comunicarle ai servizi dell'amministrazione provinciale al fine di garantire la corretta applicazione del regime.

Malgrado ciò, la deliberazione 4607/2001 — recante i criteri di applicazione del regime N 192/97 (e del regime NN 69/95, nella misura in cui gli aiuti sono concessi sotto forma di mutuo agevolato in base alla legge 9/91) — dispone la concessione di aiuti all'investimento anche a favore delle grandi imprese.

Di conseguenza la Commissione ritiene che la deliberazione 4607/2001 costituisca un caso di applicazione abusiva degli aiuti N 192/97 e NN 69/95, conformemente all'articolo 16 del regolamento 659/1999⁽⁷⁾ e dubita che gli aiuti all'investimento, concessi alle grandi imprese in base a detta deliberazione e non circoscritti al «de minimis», possano beneficiare di qualsivoglia deroga al divieto dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato.

⁽⁷⁾ Regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, del 22 marzo 1999, recante modalità di applicazione dell'articolo 93 del trattato CE, pubblicato nella GU L 83 del 27.3.1999, pag. 1.

Aiuti all'investimento in favore delle PMI

Le autorità italiane si erano impegnate, in particolare nel corso della valutazione da parte della Commissione del dossier NN 65/95, a rispettare tutte le condizioni previste dalle norme comunitarie in materia di aiuti di Stato, in favore delle PMI. In occasione della notifica dell'aiuto N 192/97, esse si erano inoltre impegnate a non concedere alcun aiuto al funzionamento.

Occorre sottolineare viceversa, che gli investimenti ammissibili, contemplati dalla deliberazione 4607/2001, non corrispondono alla definizione di investimento iniziale di cui al regolamento (CE) n. 70/2001⁽⁸⁾ in quanto, apparentemente, gli investimenti di sostituzione non sono esclusi. Inoltre il fatto che i beneficiari dell'aiuto sono soltanto le PMI aventi sede legale nel territorio della Provincia di Bolzano, sembra costituire un'infrazione al principio della libertà di stabilimento delle imprese all'interno dell'Unione europea. Infine, il principio di necessità dell'aiuto non è rispettato in quanto le domande di aiuto di norma devono essere presentate entro i sei mesi successivi all'avvio dei lavori, oppure dalla data della prima fattura relativa a detti lavori.

La Commissione dubita pertanto della compatibilità dell'aiuto in questione.

Aiuti alle microimprese che si suppone non incorrano nel divieto dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato

Le autorità italiane sostengono che l'intensità di aiuto del 40 % è riservata alle microimprese artigiane, aventi fino a due addetti, la cui sopravvivenza sia incerta, corrispondenti ad un elenco di attività strettamente definite⁽⁹⁾, che è stato riprodotto nel testo della lettera A/36773 del 18.9.2002, nonché a talune microimprese del commercio.

Dall'analisi della deliberazione 4607/2001 risulta che le microimprese artigiane di cui sopra possono beneficiare della succitata intensità di aiuto, anche in assenza delle condizioni previste, per siffatta maggiorazione dell'intensità, per le altre microimprese, ma anche che detta intensità è estesa alla totalità delle microimprese artigiane, indipendentemente dalla loro dimensione e situazione economica. Dato che l'importo dell'investimento ammissibile è di 2 milioni di EUR nell'arco di tre anni (1 milione di EUR nel caso delle microimprese fino a due addetti), il livello dell'aiuto può corrispondere a 800 000 EUR (400 000 EUR per le microimprese con due addetti).

Inoltre la definizione di microimpresa, che si suppone non incida sugli scambi intracomunitari e che di conseguenza è ammissibile all'intensità di aiuto del 40 % indicata nella deliberazione 4607/2001⁽¹⁰⁾, sembra mettere l'accento sul fatto che l'attività svolta dai singoli beneficiari dell'aiuto non può comportare l'instaurazione di rapporti economici con imprese di altri Stati membri, piuttosto che sull'assenza di scambi intracomunitari nel campo di attività delle imprese interessate.

⁽⁸⁾ Regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle piccole e medie imprese, pubblicato nella GU L 10 del 13.1.2001, pag. 33.

⁽⁹⁾ Tale elenco figura alla nota a piè di pagina 3 della tabella A dell'allegato 1 «settore artigianato» alla deliberazione n. 4607 del 17.12.2001.

⁽¹⁰⁾ Cfr. punto 3.1 dell'allegato 1 «settore artigianato» alla deliberazione n. 4607/2001.

Alla luce di quanto precede e considerato che la categoria delle microimprese in quanto PMI, ai sensi della raccomandazione 96/280/CE⁽¹¹⁾, non è sottratta, in quanto tale, all'applicazione dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, la Commissione nutre dubbi sul fatto che la totalità degli aiuti ad esse concessi in virtù della misura in questione possa sfuggire alla definizione di aiuto di Stato.

Aiuti all'ambiente

La Commissione aveva approvato gli aiuti per la tutela dell'ambiente, previsti dalla legge provinciale 4/97, sulla base della precedente disciplina degli aiuti di Stato per la protezione dell'ambiente⁽¹²⁾. Quest'ultima è stata in seguito sostituita dalla nuova disciplina, pubblicata il 3 febbraio 2001 (GU C 37, pag. 3). Al momento dell'entrata in vigore della nuova disciplina, è stata proposta agli Stati membri l'adozione di misure opportune. Avendole accettate, l'Italia era tenuta a metterle in atto. Pertanto la valutazione da parte della Commissione delle misure in questione, si basa sulla nuova disciplina degli aiuti di Stato per la protezione dell'ambiente, attualmente in vigore.

In base al punto 28 della disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente⁽¹³⁾ (in prosieguo «la disciplina»), gli aiuti transitori agli investimenti, concessi a favore delle PMI per l'osservanza di nuove norme comunitarie possono essere autorizzati entro i limiti del 15 % lordo dei costi ammissibili, per un periodo di tre anni a decorrere dell'adozione di nuove norme comunitarie obbligatorie.

Di conseguenza la Commissione ritiene che l'intensità del 25 % in favore delle PMI per l'adeguamento a nuove norme comunitarie, prevista dalla legge 4/97 e confermata dalla delibera 4607/2001, non sia conforme alla disciplina e che gli aiuti a favore delle grandi imprese, destinati all'osservanza di nuove norme ambientali obbligatorie, non possono beneficiare di alcuna deroga.

Inoltre, in base al punto 29 della disciplina, sarebbe ammissibile un'intensità di base del 30 % per il superamento delle norme comunitarie obbligatorie, nonché per il sostegno ad investimenti realizzati in assenza di norme comunitarie obbligatorie.

Pertanto, secondo l'avviso della Commissione, l'intensità del 40 %, concessa agli investimenti per il superamento delle norme comunitarie, prevista in particolare per le grandi imprese del turismo, non può essere considerata conforme al punto 29 della disciplina.

Infine, ai sensi del punto 41 della disciplina, possono essere accordati aiuti alle attività di assistenza-consulenza in campo ambientale, a vantaggio delle PMI, se in conformità alle disposizioni del regolamento (CE) n. 70/2001⁽¹⁴⁾.

Di conseguenza, i progetti di audit ambientale, previsti dalla delibera in causa, potrebbero beneficiare di aiuti, conformemente alle disposizioni del regolamento PMI sopracitato, purché ne beneficino unicamente le PMI e siano soddisfatte le condizioni di cui all'articolo 5, lettera a), del regolamento stesso.

Nondimeno, la Commissione nutre dubbi sul rispetto dei punti 36 e 37 della disciplina, attinenti rispettivamente agli investimenti contemplati e alle modalità di calcolo dei costi ammissibili nel caso di aiuti agli investimenti per la tutela dell'ambiente, in relazione alle due prime voci della misura ambientale del regime in questione.

Aiuti all'occupazione

Nell'ambito dell'aiuto N 192/97, erano stati approvati aiuti all'occupazione, nei confronti delle PMI, di una intensità massima del 25 % dei costi salariali.

Considerato che gli aiuti, previsti a questo fine dalla delibera 4607, non riguardano né la creazione né il mantenimento dell'occupazione, la Commissione osserva che non possono essere definiti aiuti all'occupazione; essi eventualmente potrebbero fruire, per talune spese (servizi di consulenza), di una deroga qualora soddisfacessero le condizioni di cui all'articolo 5 del regolamento (CE) n. 70/2001 e i beneficiari fossero esclusivamente piccole e medie imprese.

Inoltre la Commissione ritiene che gli aiuti alla ricerca in materia di marchi e di brevetti esistenti e quelli relativi alla brevettazione di marchi, prodotti o processi di produzione, previsti nell'ambito degli aiuti all'occupazione, non possano beneficiare di alcuna deroga in quanto non sono connessi ad alcuna attività di ricerca e sviluppo.

Aiuti all'internazionalizzazione

Occorre ribadire che gli aiuti alla partecipazione a fiere ed esposizioni possono essere considerati compatibili ai sensi dell'articolo 5, lettera b), del regolamento 70/2001, sempreché le spese cui si applica l'intensità di aiuto massima del 50 % siano costituite dalla locazione, installazione e gestione dello stand. Tale esenzione vale soltanto per la prima partecipazione di un'impresa ad una fiera o esposizione. I servizi di consulenza forniti da consulenti esterni non devono costituire un'attività permanente o periodica, né essere connessi alle normali spese di funzionamento dell'impresa, come la pubblicità. Infine gli aiuti a favore delle attività connesse all'esportazione⁽¹⁵⁾ non rientrano nel regolamento (CE) n. 70/2001 e neppure nel regolamento (CE) n. 69/2001⁽¹⁶⁾, o nella comunicazione della Commissione del 1996, relativa agli aiuti «de minimis»⁽¹⁷⁾.

⁽¹¹⁾ Raccomandazione 96/280/CE della Commissione, del 3 aprile 1996, relativa alla definizione di piccole e medie imprese, pubblicata nella GU L 107 del 30.4.1996, pag. 4.

⁽¹²⁾ Pubblicata nella GU C 72 del 10.3.1994, pag. 3.

⁽¹³⁾ Pubblicata nella GU C 37 del 3.2.2001, pag. 3.

⁽¹⁴⁾ Regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle PMI, pubblicato nella GU L 10 del 13.1.2001.

⁽¹⁵⁾ Ossia gli aiuti direttamente connessi alle quantità esportate, alla creazione e al funzionamento di una rete di distribuzione, o ad altre spese correnti connesse all'attività di esportazione.

⁽¹⁶⁾ Regolamento (CE) n. 69/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti d'importanza minore («de minimis»), pubblicato nella GU L 10 del 13.1.2001, pag. 30.

⁽¹⁷⁾ Pubblicata nella GU C 68 del 6.3.1996.

Di conseguenza la Commissione dubita che gli aiuti all'internazionalizzazione di cui alla deliberazione 4607/2001 possano essere considerati compatibili, anche ammesso che ne siano beneficiarie unicamente le PMI, salvo per quanto concerne la partecipazione a fiere o ad esposizioni, purché siano rispettate le condizioni di cui all'articolo 5 del regolamento (CE) n. 70/2001.

La Commissione inoltre ritiene che il credito all'esportazione, in particolare concesso alle grandi imprese, che era stato esplicitamente escluso, in occasione della notifica della legge 4/97, non possa beneficiare di alcuna deroga, nemmeno in virtù del regolamento 69/2001.

Aiuti previsti nel quadro di programmi comunitari

Questi contributi, che non erano stati previsti al momento della notifica del regime N 192/97, non sono stati considerati aiuti di Stato, dalla delibera 4607.

Tuttavia, la Commissione dubita che le imprese non traggano alcun vantaggio concorrenziale dalla partecipazione ai progetti comuni nell'ambito dei programmi comunitari Leader e Interreg, nei confronti dei quali è prevista un'intensità dell'80 %.

Servizi di consulenza

Il concetto di servizi di consulenza ammissibili, secondo la delibera 4607, dovrebbe essere chiarito. Alla luce dell'attuale formulazione, in effetti, la Commissione ritiene che qualsiasi aiuto alle grandi imprese per servizi di consulenza non possa beneficiare di una deroga, salvo nel caso in cui la consulenza in oggetto rappresenti un costo ammissibile di un progetto di aiuto alla formazione ai sensi dell'articolo 4, comma 7, lettera e), del regolamento (CE) n. 68/2001 (GU L 10 del 13.1.2001), concernente gli aiuti alla formazione.

Applicazione della regola «de minimis»

Secondo le autorità italiane, qualsiasi maggiorazione dell'intensità di aiuto rispetto ai tassi di base del 13 e del 6 % rispetti-

vamente per le piccole e per le medie imprese, nel caso degli aiuti all'investimento, è concessa a titolo di «de minimis». A questo riguardo va osservato che né nella legge né nel testo della deliberazione 4607 che è stata adottata il 17 dicembre 2001, ossia successivamente all'entrata in vigore del regolamento (CE) n. 69/2001, figura alcun riferimento alle modalità di controllo della soglia e delle altre condizioni fissate dal regolamento «de minimis»⁽¹⁸⁾, o dalla vecchia comunicazione del 1996, sullo stesso argomento⁽¹⁹⁾.

Tenuto conto dell'importo degli investimenti ammissibili (3,5 e 4 milioni di EUR su tre anni, rispettivamente per le piccole e per le medie imprese) e dell'intensità massima prevista da detta deliberazione (25 % e 22,5 %, di cui 12 e 16,5 punti percentuali a titolo di «de minimis», rispettivamente nel caso delle piccole e delle medie imprese), la Commissione dubita quanto all'effettiva osservanza della soglia di 100 000 EUR per un periodo di tre anni, di cui al regolamento «de minimis».

Più in generale, la Commissione nutre dubbi sull'utilizzazione estremamente estesa prevista dalla deliberazione 4607/2001, della regola «de minimis», mirante a superare sistematicamente le intensità massime ammissibili, rispetto alle PMI nonché a concedere aiuti d'intensità massima del 22,5 % alle grandi imprese al di fuori delle zone assistite, tenuto conto anche dell'ammontare elevato degli investimenti ammissibili.

Alla luce delle considerazioni di cui sopra la Commissione invita l'Italia, nell'ambito del procedimento dell'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE, a presentare osservazioni e a fornire ogni altra informazione utile ai fini della valutazione della misura in questione nel termine di un mese a decorrere dalla data di ricezione della presente. Essa invita le autorità italiane a trasmettere immediatamente copia della presente ai beneficiari dell'aiuto.

La Commissione fa presente all'Italia l'effetto sospensivo dell'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE e ribadisce, che ai sensi dell'articolo 14 del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, qualsiasi aiuto illegittimo potrà formare oggetto di recupero presso il beneficiario.“

⁽¹⁸⁾ Cfr. nota 12.

⁽¹⁹⁾ Comunicazione della Commissione relativa agli aiuti «de minimis», pubblicata in GU C 68 del 6.3.1996.

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2003/C 120/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Datum der Annahme des Beschlusses: 4.2.2003**Mitgliedstaat:** Frankreich**Beihilfe Nr.:** N 493/02**Titel:** Beihilfen für die Bewirtschaftung des Wassers**Zielsetzung:** Bekämpfung der Wasserverschmutzung**Rechtsgrundlage:** Loi du 16 décembre 1964 relative au régime et à la répartition des eaux et à la lutte contre leur pollution**Haushaltsmittel:** 110 Mio. EUR jährlich**Beihilfeintensität oder -höhe:** 15 % bis 45 % je nach Begünstigten und Regionen**Laufzeit:** 2003 bis 2010

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Mitgliedstaat: Schweden**Beihilfe Nr.:** N 789/02**Titel:** Umweltzertifikate**Zielsetzung:** Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen**Rechtsgrundlage:** Lag om elcertifikat**Beihilfeintensität oder -höhe:** 60 SEK/MWh (ca. 6,54 EUR) für 2003 ausgegebene Zertifikate, Senkung auf 20 SEK/MWh für 2007 ausgegebene Zertifikate**Laufzeit:** 5 Jahre**Andere Angaben:** Jahresbericht

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 5.2.2003**Mitgliedstaat:** Frankreich**Beihilfe Nr.:** N 497/02**Titel:** Beihilfen zur Bekämpfung der Wasserverschmutzung**Zielsetzung:** Bekämpfung der Wasserverschmutzung**Rechtsgrundlage:** Loi du 16 décembre 1964 relative au régime et à la répartition des eaux et à la lutte contre leur pollution**Haushaltsmittel:** 110 Mio. EUR jährlich**Beihilfeintensität oder -höhe:** 15 % bis 45 % je nach Begünstigten und Regionen**Laufzeit:** 2003 bis 2010

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 19.2.2003**Mitgliedstaat:** Dänemark**Beihilfe Nr.:** NN 76/02**Titel:** Technologietransfer-Institute**Zielsetzung:** Förderung von Transfer und gewerblicher Nutzung neuer dänischer und internationaler FuE**Rechtsgrundlage:** Lov om teknologi og innovation**Haushaltsmittel:** 378 Mio. DKK (ca. 50 Mio. EUR) über einen Zeitraum von fünf Jahren**Beihilfeintensität oder -höhe:** Bis zu 50 % für Grundlagenforschung und industrielle Forschung**Laufzeit:** Bis 31.12.2008**Andere Angaben:** Jahresbericht

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Datum der Annahme des Beschlusses: 5.2.2003

Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan

(2003/C 120/04)

Die Kommission erhielt einen Antrag gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1972/2002 ⁽²⁾, (nachstehend „Grundverordnung“ genannt), dem zufolge die Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan (nachstehend „betroffene Länder“ genannt) gedumpte sind und dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft dadurch eine bedeutende Schädigung verursacht wird.

1. Antrag

Der Antrag wurde am 7. April 2003 von der Association of Plastic Manufacturers in Europe (APME, nachstehend „Antragsteller“ genannt) im Namen von Herstellern gestellt, auf die ein wesentlicher Teil, in diesem Fall mehr als 80 %, der gesamten Polyethylenterephthalat-Produktion in der Gemeinschaft entfällt.

2. Ware

Bei der angeblich gedumpten Ware handelt es sich um Polyethylenterephthalat (PET) mit einem Viskositätskoeffizienten von 78 ml/g oder mehr gemäß DIN (Deutsche Industrienorm) 53728 mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan, das derzeit dem KN-Code 3907 60 20 zugewiesen wird. Der KN-Code wird nur informationshalber angegeben.

3. Dumpingbehauptung

Für Australien und Pakistan stützt sich die Dumpingbehauptung in Ermangelung zuverlässiger Daten über die Inlandspreise auf einen Vergleich eines rechnerisch ermittelten Normalwertes mit den Preisen der betroffenen Ware bei der Ausfuhr in die Gemeinschaft.

Der Antragsteller ermittelte den Normalwert für die Volksrepublik China gemäß Artikel 2 Absatz 7 der Grundverordnung auf der Grundlage eines rechnerisch ermittelten Normalwertes in einem Marktwirtschaftsland, das unter Nummer 5.1 Buchstabe d) genannt ist. Die Dumpingbehauptung stützt sich auf einen Vergleich des auf die im vorstehenden Satz dargelegte Weise ermittelten Normalwertes mit den Preisen der zur Ausfuhr in die Gemeinschaft verkauften betroffenen Ware.

Diese Vergleiche ergeben für alle betroffenen Ausfuhrländer erhebliche Dumpingspannen.

4. Schadensbehauptung

Der Antragsteller legte Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der betroffenen Ware aus Australien, der Volksrepublik China

und Pakistan sowohl absolut als auch gemessen am Marktanteil zugenommen haben.

Das Volumen und die Preise der Einfuhren haben sich angeblich unter anderem negativ auf den Marktanteil und die Preise des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ausgewirkt und dadurch die Gesamtleistung und die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft sehr nachteilig beeinflusst.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss zu dem Schluss, dass der Antrag vom Wirtschaftszweig der Gemeinschaft bzw. in dessen Namen gestellt wurde und dass genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung eines Verfahrens zu rechtfertigen, und leitet hiermit eine Untersuchung gemäß Artikel 5 der Grundverordnung ein.

5.1. Verfahren für die Dumping- und die Schadensermittlung

Im Zuge der Untersuchung wird geprüft, ob die betroffene Ware mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan gedumpte wird und ob dieses Dumping eine Schädigung verursacht.

a) Stichprobenverfahren

Da dieses Verfahren offensichtlich eine Vielzahl von Parteien betrifft, wird die Kommission möglicherweise beschließen, gemäß Artikel 17 der Grundverordnung mit einem Stichprobenverfahren zu arbeiten.

i) Stichprobenverfahren: Ausführer/Hersteller in der Volksrepublik China

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Ausführer/Hersteller bzw. die in ihrem Namen handelnden Vertreter aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer i) gesetzten Frist mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und folgende Angaben zu ihren Unternehmen in der unter Nummer 7 vorgegebenen Form zu übermitteln:

— Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon-, Fax- und/oder Telexnummer, Kontaktperson,

— Umsatz (in Landeswährung), der vom 1. April 2002 bis zum 31. März 2003 mit dem Verkauf der betroffenen Ware zur Ausfuhr in die Gemeinschaft erzielt wurde, und entsprechende Verkaufsmenge (in Tonnen),

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 305 vom 7.11.2002, S. 1.

- Umsatz (in Landeswährung), der vom 1. April 2002 bis zum 31. März 2003 mit dem Verkauf der betroffenen Ware auf dem Inlandsmarkt erzielt wurde, und entsprechende Verkaufsmenge (in Tonnen),
- Erklärung, ob das Unternehmen beabsichtigt, die Berechnung einer individuellen Dumpingspanne⁽¹⁾ zu beantragen (nur für Hersteller möglich),
- genaue Beschreibung der Tätigkeit des Unternehmens bei der Produktion der betroffenen Ware;
- Namen und genaue Tätigkeit aller verbundenen Unternehmen⁽²⁾, die an Produktion und/oder Verkauf (zur Ausfuhr und/oder im Inland) der betroffenen Ware beteiligt sind,
- sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission bei der Auswahl der Stichprobe nützlich sein könnten,
- Erklärung, ob die Unternehmen bereit sind, in die Stichprobe einbezogen zu werden und dann einen Fragebogen zu beantworten und einem Kontrollbesuch in ihren Betrieben zuzustimmen.

Ferner wird die Kommission mit den Behörden des Ausfuhrlandes und allen ihr bekannten Verbänden von Ausfuhrern/Herstellern Kontakt aufnehmen, um die Auskünfte einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe unter den Ausfuhrern/Herstellern als notwendig erachtet.

ii) Stichprobenverfahren: Einführer

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Einführer bzw. die in ihrem Namen handelnden Vertreter aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer i) gesetzten Frist mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und folgende Angaben zu ihren Unternehmen in der unter Nummer 7 vorgegebenen Form zu übermitteln:

- Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon-, Fax- und/oder Telexnummer, Kontaktperson,
- Gesamtumsatz des Unternehmens (in Euro), der im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003 erzielt wurde,
- Gesamtzahl der Beschäftigten,
- genaue Tätigkeiten des Unternehmens in Bezug auf die betroffene Ware,

- Menge in Tonnen und Wert in Euro der Einfuhren und Weiterverkäufe der Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan auf dem Gemeinschaftsmarkt im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003,
- Namen und genaue Tätigkeit aller verbundenen Unternehmen⁽²⁾, die an Produktion und/oder Verkauf der betroffenen Ware beteiligt sind,
- sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission bei der Auswahl der Stichprobe nützlich sein könnten,
- Erklärung, ob die Unternehmen bereit sind, in die Stichprobe einbezogen zu werden und dann einen Fragebogen zu beantworten und einem Kontrollbesuch in ihren Betrieben zuzustimmen.

Ferner wird die Kommission Kontakt mit den ihr bekannten Verbänden von Einführern aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe unter den Einführern als notwendig erachtet.

iii) Endgültige Auswahl der Stichproben

Alle sachdienlichen Angaben zur Auswahl der Stichproben sind von den betroffenen Parteien innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer ii) gesetzten Frist zu übermitteln.

Die Kommission beabsichtigt, die endgültige Auswahl der Stichproben zu treffen, nachdem sie diejenigen betroffenen Parteien konsultiert hat, die sich bereit erklären, in die Stichproben einbezogen zu werden.

Die in die Stichproben einbezogenen Unternehmen müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer iii) gesetzten Frist einen Fragebogen beantworten und an der Untersuchung mitarbeiten.

Bei unzureichender Mitarbeit trifft die Kommission ihre Feststellungen gemäß Artikel 17 Absatz 4 und Artikel 18 der Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen.

⁽¹⁾ Individuelle Spannen können beantragt werden gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung von Unternehmen, die nicht in die Stichprobe einbezogen wurden, gemäß Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung über die individuelle Behandlung von Unternehmen in Nichtmarktwirtschaftsländern und gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung von Unternehmen, die die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus beantragen. Anträge auf individuelle Behandlung sind nach Maßgabe von Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung und Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung zu stellen.

⁽²⁾ Artikel 143 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zum Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1) gibt Aufschluss über die Bedeutung des Begriffs „verbundene Unternehmen“.

b) Fragebogen

Die Kommission wird dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft und allen Herstellerverbänden in der Gemeinschaft, den in die Stichprobe einbezogenen Ausfuhrern/Herstellern in der Volksrepublik China, den Ausfuhrern/Herstellern in Australien und Pakistan, allen Verbänden von Ausfuhrern/Herstellern, den in die Stichprobe einbezogenen Einführern, allen im Antrag genannten Einfuhrerverbänden und den Behörden der betroffenen Ausfuhrländer Fragebogen zusenden, um die für ihre Untersuchung als notwendig erachteten Informationen einzuholen.

i) Ausführende Hersteller in Australien und Pakistan

Alle betroffenen Parteien sollten umgehend und innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer i) gesetzten Frist per Fax bei der Kommission nachfragen, ob sie im Antrag genannt sind; ist dies nicht der Fall, sollten sie einen Fragebogen anfordern, da die unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzte Frist für alle betroffenen Parteien gilt.

ii) Ausführer/Hersteller in der Volksrepublik China, die die Ermittlung einer individuellen Dumpingspanne beantragen

Die Ausführer/Hersteller in der Volksrepublik China, die die Ermittlung einer individuellen Dumpingspanne nach Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung beantragen, müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzten Frist einen ordnungsgemäß ausgefüllten Fragebogen übermitteln. Sie müssen daher innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer i) gesetzten Frist einen Fragebogen anfordern. Diese Parteien sollten jedoch berücksichtigen, dass die Kommission im Falle der Auswahl einer Stichprobe unter den Ausführern/Erzeugern die Berechnung individueller Dumpingspannen ablehnen kann, wenn die Zahl der Ausführer/Erzeuger so groß ist, dass eine individuelle Untersuchung eine zu große Belastung darstellen und den fristgerechten Abschluss der Untersuchung verhindern würde.

c) Einholung von Informationen und Anhörungen

Alle betroffenen Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise darzulegen und gegebenenfalls auch andere Informationen als die Antworten auf den Fragebogen zu übermitteln. Diese Angaben müssen zusammen mit den entsprechenden Nachweisen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

Die Kommission kann die betroffenen Parteien außerdem hören, sofern die Parteien dies beantragen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen. Entsprechende Anträge sind innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer iii) gesetzten Frist zu stellen.

d) Wahl des Marktwirtschaftslands

Es wird beabsichtigt, gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe a) der Grundverordnung die Vereinigten Staaten von Amerika als geeignetes Marktwirtschaftsland zur Ermittlung des Normalwertes für die Volksrepublik China heranzuziehen. Die betroffenen Parteien werden aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe c) gesetzten Frist zu der Angemessenheit dieser Wahl Stellung zu nehmen.

e) Marktwirtschaftsstatus

Für die Ausführer/Hersteller in der Volksrepublik China, die unter Vorlage von ausreichenden Beweisen geltend machen, dass sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig sind, d. h. die Kriterien des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c) der Grundverordnung erfüllen, wird der Normalwert nach Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung ermittelt. Die entsprechenden Anträge der Ausführer/Hersteller müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe d) gesetzten

Frist gestellt werden und ordnungsgemäß begründet sein. Die Kommission sendet allen Ausführern/Herstellern in der Volksrepublik China, die entweder in die Stichprobe einbezogen werden oder im Antrag genannt wurden, und allen im Antrag genannten Verbänden von Ausführern/Herstellern sowie den Behörden der Volksrepublik China Antragsformulare zu.

5.2. Verfahren zur Prüfung des Interesses der Gemeinschaft

In dem Fall, in dem sich die Behauptung des Dumping und der dadurch verursachten Schädigung als zutreffend erweisen sollte, ist gemäß Artikel 21 der Grundverordnung zu prüfen, ob die Einführung von Antidumpingmaßnahmen dem Interesse der Gemeinschaft nicht zuwiderläuft. Zu diesem Zweck können sich der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, repräsentative Verwender und repräsentative Verbraucherorganisationen, die nachweisen können, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der betroffenen Ware besteht, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzten allgemeinen Fristen melden und der Kommission Informationen übermitteln. Die Parteien, die die Bedingungen des vorstehenden Satzes erfüllen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen, können innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer iii) gesetzten Frist einen entsprechenden Antrag stellen. Gemäß Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden nur berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind.

6. Fristen

a) Allgemeine Fristen

ii) Anforderung eines Fragebogens oder Antragsformulars

Alle betroffenen Parteien sollten umgehend, spätestens jedoch innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* einen Fragebogen oder sonstige Antragsformulare anfordern.

ii) Kontaktaufnahme und Übermittlung der Antworten auf den Fragebogen und sonstiger Informationen durch die Parteien

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle betroffenen Parteien innerhalb von 40 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* mit der Kommission Kontakt aufnehmen, ihren Standpunkt schriftlich darlegen und ihre Antworten auf den Fragebogen und sonstige Informationen (einschließlich der mit Beweisen belegten Anträge auf individuelle Behandlung gemäß Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung) übermitteln, wenn diese Angaben bzw. Anträge bei der Untersuchung berücksichtigt werden sollen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahrnehmung der meisten in der Grundverordnung verankerten Verfahrensrechte voraussetzt, dass sich die betreffende Partei innerhalb der vorgenannten Frist meldet.

In eine Stichprobe einbezogene Unternehmen müssen ihre Antworten auf den Fragebogen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer iii) gesetzten Frist übermitteln.

iii) Anhörungen

Innerhalb der vorgenannten Frist von 40 Tagen können die betroffenen Parteien auch einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen.

b) Besondere Frist für die Stichprobenauswahl

- i) Die unter Nummer 5.1 Buchstabe a) Ziffern i) und ii) genannten Informationen müssen innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen, da die Kommission beabsichtigt, die betroffenen Parteien, die sich bereit erklären, in die Stichproben einbezogen zu werden, innerhalb von 21 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zur endgültigen Auswahl der Stichproben zu konsultieren.
- ii) Alle anderen für die Auswahl der Stichproben relevanten Angaben, die unter Nummer 5.1 Buchstabe a) Ziffer iii) genannt sind, müssen innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen.
- iii) Die Antworten der in eine Stichprobe einbezogenen Parteien auf den Fragebogen müssen binnen 37 Tagen, nachdem diese Parteien von ihrer Einbeziehung in Kenntnis gesetzt wurden, bei der Kommission eingehen.

c) Besondere Frist für die Wahl des Marktwirtschaftslands

Die von der Untersuchung betroffenen Parteien möchten möglicherweise dazu Stellung nehmen, ob die beabsichtigte Wahl der Vereinigten Staaten von Amerika als Marktwirtschaftsland zur Ermittlung des Normalwertes für die Volksrepublik China angemessen ist (vgl. Nummer 5.1 Buchstabe d)). Solche Stellungnahmen müssen innerhalb von 10 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen.

d) Besondere Frist für die Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus

Die unter Nummer 5.1 Buchstabe e) genannten ordnungsgemäß begründeten Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus müssen innerhalb von 21 Tagen nach der Auswahl der Stichprobe oder einer anderen von der Kommission gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

7. Schriftliche Stellungnahmen, Antworten auf die Fragebogen und Schriftwechsel

Alle Stellungnahmen und Anträge der betroffenen Parteien sind schriftlich (nicht in elektronischer Form, sofern nichts anderes bestimmt ist) unter Angabe des Namens, der Anschrift, der E-Mail-Adresse, der Telefon-, der Fax- und/oder der Telexnummer der betroffenen Partei einzureichen. Alle schriftlichen Stellungnahmen einschließlich der in dieser Bekanntmachung angeforderten Informationen, die Antworten auf den Fragebogen und alle Schreiben, die von betroffenen Parteien auf vertraulicher Basis übermittelt werden, müssen den Vermerk „Zur eingeschränkten Verwendung“ ⁽¹⁾ tragen und gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung zusammen mit einer nicht vertraulichen Fassung übermittelt werden, die den Vermerk „ZUR EINSICHTNAHME DURCH BETROFFENE PARTEIEN“ trägt.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion B
Büro: J-79 5/16
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 295 65 05
Telex COMEU B 21877

8. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine betroffene Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilt sie sie nicht innerhalb der gesetzten Fristen oder behindert sie erheblich die Untersuchung, so können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine betroffene Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so werden diese Informationen nicht berücksichtigt, und die verfügbaren Informationen können zugrunde gelegt werden.

9. Zeitplan für die Untersuchung

Gemäß Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung ist die Untersuchung binnen 15 Monaten nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* abzuschließen. Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung sind etwaige vorläufige Maßnahmen binnen neun Monaten nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* einzuführen.

⁽¹⁾ Unterlagen mit diesem Vermerk sind nur für den Dienstgebrauch bestimmt. Sie sind gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt und werden vertraulich behandelt gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates (ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1) und Artikel 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen).

Bekanntmachung über die Einleitung einer Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in der Republik Korea und Taiwan

(2003/C 120/05)

Die Kommission erhielt einen Antrag auf eine teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1972/2002 ⁽²⁾.

Der Antragsteller hat Beweise dafür vorgelegt, dass die Einfuhren der betroffenen Ware aus der Republik Korea und Taiwan in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil bedeutend sind.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde von der Association of Plastic Manufacturers in Europe (nachstehend „Antragsteller“ genannt) im Namen von Herstellern gestellt, auf die ein wesentlicher Teil, in diesem Fall mehr als 80 %, der gesamten Produktion von Polyethylenterephthalat (PET) in der Gemeinschaft entfällt.

Ferner wirken sich das Volumen und die Preise der Einfuhren angeblich weiterhin unter anderem negativ auf den Marktanteil und die Preise des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft aus und beeinflussen dadurch die Gesamtleistung und die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft sehr nachteilig.

2. Ware

Bei der von der Überprüfung betroffenen Ware handelt es sich um Polyethylenterephthalat (PET) mit einem Viskositätskoeffizienten von 78 ml/g oder mehr gemäß DIN (Deutsche Industrienorm) 53728 mit Ursprung in der Republik Korea und Taiwan (nachstehend „betroffene Ware“ genannt), das derzeit dem KN-Code 3907 60 20 zugewiesen wird. Der KN-Code wird nur informationshalber angegeben.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss zu dem Schluss, dass genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer Interimsüberprüfung zu rechtfertigen, und leitet gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eine Überprüfung ein.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Verordnung (EG) Nr. 2604/2000 des Rates ⁽³⁾ eingeführt wurde.

5.1. Verfahren für die Dumping- und die Schadensermittlung

Im Rahmen der Untersuchung wird geprüft, ob schädigendes Dumping vorliegt und ob die geltenden Maßnahmen aufrechterhalten, aufzuheben oder zu ändern sind.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antragsteller behauptet, dass Dumping und Schädigung erneut aufgetreten seien und dass die geltenden Maßnahmen zur Beseitigung des schädigenden Dumpings nicht länger ausreichen.

a) Stichprobenverfahren

Angesichts der Vielzahl der Parteien, die von diesem Verfahren betroffen sind, kann die Kommission beschließen, gemäß Artikel 17 der Grundverordnung mit Stichproben zu arbeiten.

Für die Republik Korea und Taiwan stützt sich die Dumpingbehauptung in Ermangelung zuverlässiger Daten über die Inlandspreise auf einen Vergleich eines rechnerisch ermittelten Normalwertes mit den Preisen der betroffenen Ware bei der Ausfuhr in die Gemeinschaft.

i) Stichprobenverfahren: Ausführer/Hersteller in der Republik Korea

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Ausführer/Hersteller bzw. die in ihrem Namen handelnden Vertreter aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer i) gesetzten Frist mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und folgende Angaben zu ihren Unternehmen in der unter Nummer 7 vorgegebenen Form zu übermitteln:

Dieser Vergleich ergab wesentlich höhere Dumpingspannen als die vorausgegangene Untersuchung, die zu der Einführung der geltenden Maßnahmen für alle betroffenen Ausfuhrländer führte.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 305 vom 7.11.2002, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 301 vom 30.11.2000, S. 21.

— Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon-, Fax- und/oder Telexnummer, Kontaktperson,

- Umsatz (in Landeswährung), der vom 1. April 2002 bis zum 31. März 2003 mit dem Verkauf der betroffenen Ware zur Ausfuhr in die Gemeinschaft erzielt wurde, und entsprechende Verkaufsmenge (in Tonnen),
- Umsatz (in Landeswährung), der vom 1. April 2002 bis zum 31. März 2003 mit dem Verkauf der betroffenen Ware auf dem Inlandsmarkt erzielt wurde, und entsprechende Verkaufsmenge (in Tonnen),
- Erklärung, ob das Unternehmen beabsichtigt, die Berechnung einer individuellen Dumpingspanne ⁽¹⁾ zu beantragen (nur für Hersteller möglich),
- genaue Tätigkeit des Unternehmens im Zusammenhang mit der Herstellung der betroffenen Ware sowie Produktionsmenge (in Tonnen) der betroffenen Ware, Produktionskapazität und Investitionen in die Produktionskapazität im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003,
- Namen und genaue Tätigkeit aller verbundenen Unternehmen ⁽²⁾, die an Produktion und/oder Verkauf (zur Ausfuhr und/oder im Inland) der betroffenen Ware beteiligt sind,
- sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission bei der Auswahl der Stichprobe nützlich sein könnten,
- Erklärung, ob die Unternehmen bereit sind, in die Stichprobe einbezogen zu werden und dann einen Fragebogen zu beantworten und einem Kontrollbesuch in ihren Betrieben zuzustimmen.

Ferner wird die Kommission mit den Behörden des Ausfuhrlandes und allen ihr bekannten Verbänden von Ausführern/Herstellern Kontakt aufnehmen, um die Auskünfte einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe unter den Ausführern/Herstellern als notwendig erachtet.

⁽¹⁾ Individuelle Spannen können beantragt werden gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung von Unternehmen, die nicht in die Stichprobe einbezogen wurden, gemäß Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung über die individuelle Behandlung von Unternehmen in Nichtmarktwirtschaftsländern und gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung von Unternehmen, die die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus beantragen. Anträge auf individuelle Behandlung sind nach Maßgabe von Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung und Anträge auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung zu stellen.

⁽²⁾ Artikel 143 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zum Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1) gibt Aufschluss über die Bedeutung des Begriffs „verbundene Unternehmen“.

ii) Stichprobenverfahren: Einführer

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Einführer bzw. die in ihrem Namen handelnden Vertreter aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer i) gesetzten Frist mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und folgende Angaben zu ihren Unternehmen in der unter Nummer 7 vorgegebenen Form zu übermitteln:

- Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon-, Fax- und/oder Telexnummer, Kontaktperson,
- Gesamtumsatz des Unternehmens (in Euro), der im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003 erzielt wurde,
- Gesamtzahl der Beschäftigten,
- genaue Tätigkeit des Unternehmens im Zusammenhang mit der betroffenen Ware und Produktionsmenge (in Tonnen) der betroffenen Ware im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003,
- Menge (in Tonnen) und Wert (in Euro) der Einfuhren und Weiterverkäufe der Einfuhren der betroffenen Ware mit Ursprung in der Republik Korea und Taiwan auf dem Gemeinschaftsmarkt im Zeitraum vom 1. April 2002 bis 31. März 2003,
- Namen und genaue Tätigkeit aller verbundenen Unternehmen ⁽²⁾, die an Produktion und/oder Verkauf der betroffenen Ware beteiligt sind,
- sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission bei der Auswahl der Stichprobe nützlich sein könnten,
- Erklärung, ob die Unternehmen bereit sind, in die Stichprobe einbezogen zu werden und dann einen Fragebogen zu beantworten und einem Kontrollbesuch in ihren Betrieben zuzustimmen.

Ferner wird die Kommission Kontakt mit den ihr bekannten Verbänden von Einführern aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe unter den Einführern als notwendig erachtet.

iii) Endgültige Auswahl der Stichproben

Alle sachdienlichen Angaben zur Auswahl der Stichproben sind von den betroffenen Parteien innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer ii) gesetzten Frist zu übermitteln.

Die Kommission beabsichtigt, die endgültige Auswahl der Stichproben zu treffen, nachdem sie diejenigen betroffenen Parteien konsultiert hat, die sich bereit erklären, in die Stichproben einbezogen zu werden.

Die in die Stichproben einbezogenen Unternehmen müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer iii) gesetzten Frist einen Fragebogen beantworten und an der Untersuchung mitarbeiten.

Bei unzureichender Mitarbeit trifft die Kommission ihre Feststellungen gemäß Artikel 17 Absatz 4 und Artikel 18 der Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen.

b) Fragebogen

Die Kommission wird dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft und allen Herstellerverbänden in der Gemeinschaft, den in die Stichprobe einbezogenen Ausführern/Herstellern in der Republik Korea, den Ausführern/Herstellern in Taiwan, allen Verbänden von Ausführern/Herstellern, den in die Stichprobe einbezogenen Einführern und allen Einführerverbänden, die im Antrag genannt sind oder an der Untersuchung mitarbeiteten, die zu der Einführung der von der Überprüfung betroffenen Maßnahmen führte, sowie den Behörden der betroffenen Ausfuhrländer Fragebogen zusenden, um die für ihre Untersuchung als notwendig erachteten Informationen einzuholen.

Alle Parteien sollten umgehend per Fax bei der Kommission nachfragen, ob sie im Antrag genannt sind; ist dies nicht der Fall, sollten sie innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer i) gesetzten Fristen einen Fragebogen anfordern, da die unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzte Frist für alle betroffenen Parteien gilt.

c) Einholung von Informationen und Anhörungen

Alle betroffenen Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise darzulegen und gegebenenfalls auch andere Informationen als die Antworten auf den Fragebogen zu übermitteln. Diese Angaben müssen zusammen mit den entsprechenden Nachweisen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer ii) gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

Die Kommission kann die betroffenen Parteien außerdem hören, sofern die Parteien dies beantragen und nachweisen,

dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen. Entsprechende Anträge sind innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer iii) gesetzten Frist zu stellen.

5.2. Verfahren zur Prüfung des Interesses der Gemeinschaft

Sollte sich herausstellen, dass schädigendes Dumping vorliegt, ist gemäß Artikel 21 der Grundverordnung zu prüfen, ob die Aufrechterhaltung, Aufhebung oder Änderung der Antidumpingmaßnahmen dem Interesse der Gemeinschaft nicht zuwiderläuft. Zu diesem Zweck können sich der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, repräsentative Verwender und repräsentative Verbraucherorganisationen, die nachweisen können, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der betroffenen Ware besteht, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzten allgemeinen Fristen melden und der Kommission Informationen übermitteln. Die Parteien, die die Bedingungen des vorstehenden Satzes erfüllen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen, können innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer iii) gesetzten Frist einen entsprechenden Antrag stellen. Gemäß Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden nur berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind.

6. Fristen

a) Allgemeine Fristen

i) Anforderung eines Fragebogens

Alle betroffenen Parteien, die nicht an der Untersuchung mitarbeiteten, die zu der Einführung der von der Überprüfung betroffenen Maßnahmen führte, sollten umgehend, spätestens jedoch innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* einen Fragebogen anfordern.

ii) Kontaktaufnahme und Übermittlung der Antworten auf die Fragebogen und sonstiger Informationen durch die Parteien

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle betroffenen Parteien innerhalb von 40 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* mit der Kommission Kontakt aufnehmen, ihren Standpunkt schriftlich darlegen und ihre Antworten auf den Fragebogen und sonstige Informationen übermitteln, wenn diese Angaben bei der Untersuchung berücksichtigt werden sollen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahrnehmung der meisten in der Grundverordnung verankerten Verfahrensrechte voraussetzt, dass sich die betreffende Partei innerhalb der vorgenannten Frist meldet.

In eine Stichprobe einbezogene Unternehmen müssen ihre Antworten auf den Fragebogen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer iii) gesetzten Frist übermitteln.

iii) Anhörungen

Innerhalb der vorgenannten Frist von 40 Tagen können die betroffenen Parteien auch einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen.

b) *Besondere Frist für die Stichprobenauswahl*

- i) Die unter Nummer 5.1 Buchstabe a) Ziffern i) und ii) genannten Informationen müssen innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen, da die Kommission beabsichtigt, die betroffenen Parteien, die sich bereit erklären, in die Stichproben einbezogen zu werden, innerhalb von 21 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zur endgültigen Auswahl der Stichproben zu konsultieren.
- ii) Alle anderen für die Auswahl der Stichproben relevanten Angaben, die unter Nummer 5.1 Buchstabe a) Ziffer iii) genannt sind, müssen innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen.
- iii) Die Antworten der in eine Stichprobe einbezogenen Parteien auf den Fragebogen müssen binnen 37 Tagen, nachdem diese Parteien von ihrer Einbeziehung in Kenntnis gesetzt wurden, bei der Kommission eingehen.

7. **Schriftliche Stellungnahmen, Antworten auf die Fragebogen und Schriftwechsel**

Alle Stellungnahmen und Anträge der betroffenen Parteien sind schriftlich (nicht in elektronischer Form, sofern nichts anderes

bestimmt ist) unter Angabe des Namens, der Anschrift, der E-Mail-Adresse, der Telefon-, der Fax- und/oder der Telexnummer der betroffenen Partei einzureichen. Alle schriftlichen Stellungnahmen einschließlich der in dieser Bekanntmachung angeforderten Informationen, die Antworten auf den Fragebogen und alle Schreiben, die von betroffenen Parteien auf vertraulicher Basis übermittelt werden, müssen den Vermerk „Zur eingeschränkten Verwendung“ ⁽¹⁾ tragen und gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung zusammen mit einer nicht vertraulichen Fassung übermittelt werden, die den Vermerk „ZUR EINSICHTNAHME DURCH BETROFFENE PARTEIEN“ trägt.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion B
Büro: J-79 5/16
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 295 65 05
Telex: COMEU B 21877

8. **Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit**

Verweigert eine betroffene Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder übermittelt sie sie nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen oder behindert sie erheblich die Untersuchung, so können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine betroffene Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so werden diese Informationen nicht berücksichtigt, und die verfügbaren Informationen können zugrunde gelegt werden.

⁽¹⁾ Unterlagen mit diesem Vermerk sind nur für den Dienstgebrauch bestimmt. Sie sind gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt und werden vertraulich behandelt gemäß Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates (ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1) und Artikel 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen).

Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates

(2003/C 120/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)*(Veröffentlichung der Titel und Fundstellen bereits veröffentlichter harmonisierter technischer Spezifikationen für die die Koexistenzperiode verlängert wurde)*

ENO ⁽¹⁾	Fundstelle	Titel der technischen Spezifikation	Beginn der Anwendung ⁽²⁾	Ende der Koexistenzperiode ⁽³⁾	Ursprüngliche Veröffentlichung
CEN	EN 13162:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Mineralwolle (MW) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13163:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus expandiertem Polystyrol (EPS) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13164:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus extrudiertem Polystyrolschaum (XPS) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13165:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Polyurethan-Hartschaum (PUR) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13166:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Phenolharzschaum (PF) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13167:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Schaumglas (CG) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13168:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Holzwolle (WW) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13169:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Bläherlit (EPB) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13170:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus expandiertem Kork (ICB) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)
CEN	EN 13171:2001	Wärmedämmstoffe für Gebäude — Werkmäßig hergestellte Produkte aus Holzfasern (WF) — Spezifikation	1.3.2002	13.5.2003	C 358 (15.12.2001)

⁽¹⁾ Europäische Normungsgremien:— CEN: rue de Stassart/Stassartstraat 36, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 550 08 11, Fax (32-2) 550 08 19 (www.cenorm.be),— Cenelec: rue de Stassart/Stassartstraat 35, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 519 68 71, Fax (32-2) 519 69 19 (www.cenelec.org),— ETSI: 650, route des Lucioles, F-06921 Sophia-Antipolis Cedex, Tel. (33-4) 92 94 42 00, Fax (33-4) 93 65 47 16 (www.etsi.org)

oder

— EOTA: European Organisation for Technical Approvals (Europäische Organisation für technische Zulassungen): Avenue des Arts Kunstlaan 40, B-1040 Brüssel, Tel. (32-2) 502 69 00, Fax (32-2) 502 38 14, E-Mail: info@eota.be (www.eota.be).⁽²⁾ Tag des Beginns der Anwendbarkeit

— der Norm als harmonisierte europäische Norm im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a) der Richtlinie 89/106/EWG;

— der ETA (in Übereinstimmung mit der relevanten Richtlinie) im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b) der Richtlinie 89/106/EWG.

⁽³⁾ Das Ende der Koexistenzperiode ist der Zeitpunkt, an dem die entgegenstehenden nationalen technischen Spezifikationen ungültig werden. Danach muss die Konformitätsvermutung auf die harmonisierten europäischen Spezifikationen gegründet werden (harmonisierte Normen oder Europäische Technische Zulassungen).

Die Übersetzungen der oben angeführten Titel wurden vom Verfasser der jeweiligen Spezifikation zur Verfügung gestellt. Sie entsprechen den „offiziellen“ Sprachfassungen.

Anmerkung:

Auskunft über die Verfügbarkeit der Normen erteilen die europäischen und die nationalen Normungsgremien. Auskunft über die Verfügbarkeit der ETA-Leitlinien erteilen die EOTA und ihre Mitglieder.

Die Veröffentlichung der Bezugsdaten im *Amtsblatt der Europäischen Union* bedeutet nicht, dass die Normen in allen Sprachen der Gemeinschaft verfügbar sind.

Weitere im Rahmen der Bauprodukte-Richtlinie ausgearbeitete harmonisierte technische Spezifikationen wurden in früheren Ausgaben des *Amtsblatts der Europäischen Union* veröffentlicht. Eine aktuelle und vollständige Liste findet sich im Internet auf dem Server Europa:

<http://europa.eu.int/comm/enterprise/construction/internal/specdef/speclists.htm>.

MITTEILUNG

(2003/C 120/07)

Mit Beschluss vom 21. Mai 2003 hat die Kommission Herrn Francesco MARIUZZO zum Mitglied des Beratenden Ausschusses für die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens ernannt. Die Amtszeit dieses neuen Mitglieds beginnt am Tag der Beschlussfassung und endet am 31. März 2004, wenn die Amtszeit der übrigen Ausschussmitglieder abläuft, die laut Beschluss vom 9. Juli 2002 ⁽¹⁾ für eine Amtszeit von zwei Jahren ernannt wurden.

⁽¹⁾ ABl. C 164 vom 10.7.2002, S. 19.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.3185 — Victor Rijssen/Koninklijke Volker Wessels Stevin)****Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall**

(2003/C 120/08)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 14. Mai 2003 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das niederländische Unternehmen Victor Rijssen BV („Victor Rijssen“), das der niederländischen Reggeborg-Gruppe („Reggeborg“) angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit des niederländischen Unternehmens Koninklijke Volker Wessels Stevin NV („KVWS“) durch ein öffentliches Übernahmeangebot vom 22. April 2003.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Reggeborg: Investment in verschiedenen Bereichen, wie etwa dem Immobiliengeschäft, Bauunternehmungen, Reisebranche, Medien, Telekommunikation und Landwirtschaft.
- KVWS: Entwicklung und Bau von Geschäftsimmobilien, Infrastruktur und andere Bauprojekte.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Aufgrund der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽³⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3185 — Victor Rijssen/Koninklijke Volker Wessels Stevin, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
J-70,
B-1049 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

⁽³⁾ ABl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32.

III

(Bekanntmachungen)

EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO)

Bekanntgabe allgemeiner Auswahlverfahren

(2003/C 120/09)

Im Zuge der Erweiterung wird das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) folgende Auswahlverfahren durchführen ⁽¹⁾:

- EPSO/A/1/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) zyprischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/2/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) tschechischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/3/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) estnischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/4/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) ungarischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/5/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) litauischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/6/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) lettischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/7/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) maltesischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/8/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) polnischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/9/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) slowenischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/A/10/03 — Verwaltungsreferendar/in (A 8) slowakischer Staatsbürgerschaft

- EPSO/C/1/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) zyprischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/2/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) tschechischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/3/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) estnischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/4/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) ungarischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/5/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) litauischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/6/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) lettischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/7/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) maltesischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/8/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) polnischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/9/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) slowenischer Staatsbürgerschaft
- EPSO/C/10/03 — Büroassistent/in (C 5/C 4) slowakischer Staatsbürgerschaft

- EPSO/LA/11/03 — Hilfsübersetzer/in (LA 8) für folgende Sprachen:
 - Tschechisch
 - Estnisch
 - Ungarisch
 - Litauisch
 - Lettisch
 - Maltesisch
 - Polnisch
 - Slowenisch
 - Slowakisch

⁽¹⁾ ABl. C 120 A vom 22.5.2003. Ausgabe in deutscher, englischer und französischer Sprache.